



News Letter

Ausgabe 2/2001

Observatorium für die Entwicklung der
sozialen Dienste in Europa

Soziale Dienste in Mittel- und Osteuropa

Von außen betrachtet scheinen die sozialen Dienste in den Ländern Mittel- und Osteuropas einen beispiellosen Aufschwung zu erleben. Zehntausende von Nichtregierungsorganisationen (NGOs) wurden geschaffen und tun ihre Arbeit. Regierungen und Kommunalverwaltungen sind dabei, die Struktur bestehender sozialer Dienste zu verändern und neue zu schaffen. Die Entwicklung geht deutlich von der stationären Pflege hin zur häuslichen Pflege und zu Tagesbetreuungscentren.



Jedoch ergibt sich bei genauerer Kenntnis und näherer Betrachtung ein anderes Bild. Die Länder Mittel- und Osteuropas gehen das Problem der sozialen Dienste auf unterschiedliche Weise an. Darüber hinaus befinden sie sich in unterschiedlichen Stadien der Entwicklung zu einer Zivilgesellschaft mit einem bedeutenden dritten Sektor. Wir können **vier Modelle** erkennen.

Zunächst gibt es, ähnlich wie im Westen, in den einzelnen mittel- und osteuropäischen Ländern unterschiedliche Entwicklungsstadien und unterschiedliche Modelle. Allgemein lassen sich zwischen den Visegrád-Ländern (Ungarn, Polen, Tschechische Republik und Slowakische Republik) und Slowenien, den baltischen Ländern (Estland, Lettland und Litauen), den übrigen Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion und den Balkanländern (früheres Jugoslawien und Albanien) deutliche Unterschiede im

Niveau und bezüglich der Umsetzungsschritte ausmachen. Die Visegrád-Länder und Slowenien, die auf Vorkriegserfahrung zurückgreifen können, erleben jetzt eine Renaissance sozialer Dienste. Sie haben bereits in den ersten Tagen des Umbruchs mit der Umstellung ihrer Systeme begonnen und unter voller Nutzung westeuropäischer Fachkenntnisse und Unterstützung Reformen der sozialen Dienste eingeleitet. Sie entwickeln nunmehr den gemeinnützigen nichtstaatlichen (dritten) Sektor, mit dem sich die staatliche Verwaltung in wachsendem Maße die Verantwortung teilt. In der Tschechischen Republik und in der Slowakei finden wir gute Beispiele der Zusammenarbeit zwischen Gemeinde- und Kreisverwaltungen und Organisationen des dritten Sektors. In Polen haben kirchliche Organisationen für soziale Dienste eine Führungsrolle übernommen. Caritas und Diakonie haben zusammen mit dem Roten Kreuz in diesen mitteleuropäischen Län-

dern hoch angesehene Strukturen sozialer Dienste entwickelt. Auch sind – entsprechend der mitteleuropäischen Tradition – die Kommunen tätig geworden; sie haben die Initiative ergriffen, um den in ihren Gemeinden lebenden älteren Menschen und Behinderten häusliche Pflege zu sichern. In Slowenien findet man in den Vororten von Ljubljana und in Maribor kommunale Sozialzentren, die alle elementaren Sozialdienste bieten, die erforderlich sind, damit Hilfsbedürftige in ihrer vertrauten Umgebung bleiben können. Die Ausbildung für Sozialarbeit wurde zügig wiedereingeführt, und Sozialarbeit als Beruf wurde rehabilitiert.

Die baltischen Länder mussten der Hyperinflation und der Armut zunächst durch die Entwicklung begrenzter Sicherheitsnetze begegnen. Erst nach der Konsolidierung ihrer Lage, die sich aus den negativen Folgen der Lostrennung von der ehemaligen Sowjetunion ergeben hatte, und nachdem sie sich in der Übergangszeit wirtschaftlich etwas erholt hatten, konnten diese Länder soziale Dienste und einen dritten Sektor entwickeln. Sie schließen nun rasch zu den mitteleuropäischen (Visegrád-) Ländern auf, wobei die öffentlichen Finanzen ihnen große Beschränkungen auferlegen.

Die Balkanländer haben unter den Kriegsereignissen gelitten. Dadurch wurde die Entwicklung ihrer sozialen Dienste behindert. Sie sind überwiegend auf ausländische Hilfe angewiesen. Der dritte Sektor kann sich daher nur entwi-

Editorial

LIEBE LESERIN, LIEBER LESER,
DIE NEUE AUSGABE DES NEWSLETTERS WIRD ANLÄSSLICH DER EUROPASWEITEN KONFERENZ „DIE ROLLE DER SOZIALEN DIENSTE FÜR EINE NACHHALTIGE SOZIALENTWICKLUNG“ HERAUSGEGEBEN. DIESE VERANSTALTUNG WIRD IM AUFTRAG DES BUNDESMINISTERIUMS FÜR FAMILIE, SENIOREN, FRAUEN UND JUGEND (BMFSFJ) UND DES EUROPARATES, HIER INSBESONDERE DES EUROPÄISCHEN AUSSCHUSSES FÜR SOZIALENTWICKLUNG (CDCS), VOM OBSERVATORIUM ORGANISIERT. VERTRETER/INNEN AUS ALLEN 43 MITGLIEDSTAATEN DES EUROPARATES NEHMEN AN DIESER VERANSTALTUNG TEIL. DAS ÜBERGREIFENDE ZIEL BESTEHT DARIN, EIN FORUM FÜR EINEN GESAMTEUROPÄISCHEN DIALOG ÜBER NEUE UND INNOVATIVE HERANGEHENSWEISEN IN DER BEREITSTELLUNG SOZIALER DIENSTE ZU BIETEN. DOCH WAS SIND DIE SCHLÜSSELFRAGEN, DIE DIE EUROPÄISCHEN STAATEN HINSICHTLICH DER ROLLE SOZIALER DIENSTE GEGENWÄRTIG BESCHÄFTIGEN? IN DER KOLUMNE GEHT PROF. MUNDAY VOM EUROPÄISCHEN INSTITUT FÜR SOZIALE DIENSTE IN KENT/GROSSBRITANNIEN DIESEN FRAGEN NACH. DIE SITUATION DER SICH IM TRANSFORMATIONSPROZESS BEFINDENDEN MITTEL- UND OSTEUROPÄISCHEN STAATEN, IMMERHIN DIE MEHRHEIT IM EUROPARAT, IST EIN WEITERER THEMATISCHER SCHWERPUNKT IN DIESER AUSGABE. PROF. TOMES VON DER KARLS-UNIVERSITÄT PRAG LEGT IN SEINEM LEITARTIKEL DEN SCHWERPUNKT AUF DIE HISTORISCH GEPRÄGTEN GEMEINSAMKEITEN, ABER AUCH AUF DIE UNTERSCHIEDLICHEN ENTWICKLUNGSVERLÄUFE ZWISCHEN DEN LÄNDERN DIESER REGION. EINEN LÄNDERBERICHT ÜBER DIE SITUATION IN POLEN KÖNNEN SIE DARÜBER HINAUS IN UNSERER RUBRIK „SOZIALE DIENSTE IN EUROPA“ LESEN.

IHRE REDAKTION

ckeln, wenn er durch ausländische Finanzmittel unterstützt wird. Die weiter entwickelten Kommunen haben hierzu jüngst einige Anstrengungen unternommen.

Die Länder der ehemaligen Sowjetunion (ohne die baltischen Staaten) sind in erster Linie von den Strukturen des kommunistischen Systems geprägt. Sie öffnen sich zivilgesellschaftlichen Ansätzen nur nach und nach. Ihre Angebotsstruktur ist in erster Linie auf stationäre Dienste ausgerichtet. Der Übergang zu einer Versorgung durch häusliche Dienste und Tageszentren geht nur langsam vor sich und wird durch den Mangel an Mitteln und Erfahrungen beeinträchtigt. Sozialarbeit ist ein neues Konzept, das noch breiteres Verständnis und größere Unterstützung gewinnen muss. Eine systematische Ausbildung von Fachkräften für Sozialarbeit gibt es nicht.

Nach Darstellung der Unterschiede zwischen den vier Herangehensweisen muss man auch hervorheben, was die mit-

(Migranten/-innen, Minderheiten, Dissidenten/-innen ohne Arbeit) ohne Schutz blieben. Die Sozialsysteme konzentrierten ihre Mittel nicht auf die wirklich sozial Schwachen; sie waren zu großzügig angelegt und daher nicht bezahlbar.

Das System beruhte auf Bargeldleistungen aus dem Staatshaushalt oder aus anderen öffentlichen Mitteln (früheres Jugoslawien), wobei den sozialen Diensten für die Allerbedürftigsten, die auf die Hilfe Dritter angewiesen waren, eine ergänzende Rolle zukam.

Es wurden Bargeldleistungen unter diskriminierenden Bedingungen zur Verfügung gestellt, die klar umrissene Gruppen von nach politischen oder gesellschaftlichen Gesichtspunkten bestimmten Bürgern/-innen begünstigten, deren Verdienste eher Berücksichtigung fanden als ihre Bedürftigkeit. Es gab Sonderrenten und bessere soziale Dienstleistungen für kommunistische Führungskräfte und für bestimmte Kategorien von Beschäftigten, die unter schwe-



gung gestellt, weil die ersteren leichter zu kontrollieren waren.

Eine doktrinäre Einstellung der ehemaligen kommunistischen Regimes zur sozialen Sicherheit überschattete die Sorge um die tatsächlichen Bedürfnisse der Bürger/-innen. So wurde z. B. stationäre Pflege anstelle eines unterstützenden Herangehens (Dienstleistungen zu Hause, Tagesbetreuungscentren) ausgebaut. Es fehlten marktorientierte Dienstleistungen, die eine soziale Ausgrenzung hätten mindern oder einschränken können. Rationierung anstelle von Mitwirkung erzeugte persönliche Verantwortungslosigkeit, was zu der Einstellung „Lasst uns den Staat ausnehmen“ führte und die Entwicklung einer Zivilgesellschaft hemmte – nur staatlich anerkannte Organisationen (z. B. Behindertenvereinigungen, Rotes Kreuz) durften soziale Dienste anbieten.

Die ungeeignete Konstruktion der Sozialsysteme machte sie gegenüber neuen Erfordernissen untauglich. Den Ländern Mittel- und Osteuropas fehlten die geeigneten institutionellen Kapazitäten, um neuen Erscheinungen wie Privatisierung, Umstrukturierung und Hyperinflation zu begegnen. Das System war nicht darauf eingestellt, mit extrem hoher Arbeitslosigkeit und mit Hyperinflation fertig zu werden. Dies führte zum Verlust des realen Wertes vorhandener Sozialleistungen sowie zu Einkommensverlusten; die Folge war Armut. Beschränkungen in der staatlichen Haushalts- und Geldpolitik sollten für Abhilfe sorgen. Infolge der Einschränkungen auf dem Gebiet der sozialwissen-

schaftlichen Bildung mangelte es den Ländern Mittel- und Osteuropas an Personal mit geeigneter Ausbildung. Die Rolle der Sozialwissenschaften wurde unterschätzt; sie wurden unterdrückt.

In der Übergangsphase sehen sich die Länder Mittel- und Osteuropas gleichartigen Erfordernissen gegenüber.

In den frühen Stadien der postkommunistischen Entwicklung mussten sie die soziale Ausgrenzung bestimmter Teile der Bevölkerung vor allem infolge von Armut bekämpfen, für die es mehr als eine Ursache gibt:

- I) Armut infolge von Einkommensverlusten. Extrem hohe Arbeitslosigkeit war eine neue Erscheinung. Insbesondere Langzeitarbeitslose verlieren nach und nach die Eignung, eine Beschäftigung aufzunehmen (Verlust an Qualifikation, Arbeitsgewohnheiten, Arbeitsdisziplin). Mit der Privatisierung wurde der Zugang zu einer Beschäftigung für Behinderte, für Frauen mit Kleinkindern und für Ältere erheblich erschwert.
- II) Armut infolge von Hyperinflation – durch die fehlende Dynamisierung der Leistungen sank das Realeinkommen der Rentner/-innen. Mangels Indexierung verlor die Familienunterstützung an realem Wert.
- III) Armut infolge eines fehlenden Zugangs zu bestehenden sozialen Diensten für sozial schwache Gruppen wegen knapper öffentlicher Mittel. Veränderungen im Gesundheitswesen erschweren für sozial schwache Gruppen den Zugang zu elementarer Gesundheitsfür-



tel- und osteuropäischen Länder an Gemeinsamkeiten haben. **Die mittel- und osteuropäischen Länder haben ein gemeinsames Erbe.** Sie haben als Hinterlassenschaft das kommunistische paternalistische Verteilungssystem, das sich auf bestimmte, klar umrissene Gruppen sozial Schwacher konzentrierte, während andere Gruppen sozial Schwacher

ren bzw. gefährlichen Bedingungen zu arbeiten hatten. Große Fabriken und Bergwerke stellten ihren Beschäftigten (und ihren ehemaligen Beschäftigten) soziale Dienstleistungen zur Verfügung, die anderen Bedürftigen nicht zugänglich waren. Öffentliche soziale Dienstleistungen wurden eher von staatlichen Unternehmen als von Kommunen zur Verfü-

sorge. Wirtschaftliche Überlegungen erhöhen für sozial schwache Gruppen die Hürden des Zugangs zum Bildungssystem. Es mangelt an Dienstleistungen für neue Gruppen sozial Schwacher wie z. B. Migranten/innen und Minderheiten. Schwarzarbeit im Ausland erzeugt neue Bedürfnisse – die Männer gehen fort und ihre Familien, einschließlich Kinder und die alten Menschen, bleiben oft ohne Einkommen zurück.

Es gibt einen klaren **Bedarf an technischer Hilfe und finanzieller Unterstützung** durch die westeuropäischen Gesellschaften und Länder. Die internationale Hilfe sollte darauf abzielen, den Mangel an Mitteln, Erfahrungen und in der Sozialarbeit ausgebildeten Fachkräften zu überwinden. Fortschritte in Richtung Demokratie werden durch die Entwicklung der Zivilgesellschaft und des dritten Sektors in den Ländern Mittel- und Osteuropas wesentlich beschleunigt werden. Das bedeutet jedoch nicht eine mechanische Übertragung von Institutionen und Lösungsansätzen des Westens auf die Länder Mittel- und Osteuropas. Sie wurde von westlichen Fachleuten in der Anfangszeit der Übergangsphase empfohlen – und erwies sich als Fehlschlag. Der Grund ist offenkundig – soziale Dienstleistungen können nicht ohne Beachtung der institutionellen Traditionen, Werte und Bedürfnisse der Menschen in den betreffenden Ländern entwickelt werden. Auch wenn wir auf dem selben Kontinent leben und an Geschichte einiges gemeinsam haben, so gibt es doch Unterschiede im kulturellen und sozialen Verhalten (in der kulturellen und sozialen Tradition), für die die Ausgestaltung der sozialen Dienste einen guten Gradmesser darstellt.

Die Unterschiede in den Konzepten lassen sich auch auf 40 Jahre kommunistischer Herrschaft zurückführen. Wer zu Beginn des kommunistischen Systems 20 Jahre alt war, war 60, als es zu Ende ging. Die Senioren/innen und die Behinderten von heute haben also ihre Ausbildungszeit und ihr gesamtes Arbeitsleben unter dem früheren Regime zugebracht. Die angebotenen Lösungen können



daher nicht in einer einfachen Übertragung von Methoden oder in der Integration des Ostens in den Westen bestehen. Der Prozess der gesellschaftlichen Entwicklung muss daher durch Harmonisierung und Konvergenz gekennzeichnet sein. Der Westen mag dabei Kompromisse eingehen und einige der in Europas Osten gewachsenen Einstellungen und Methoden akzeptieren müssen. In den Ländern Mittel- und Osteuropas wird zum Beispiel unter sozialem Schutz und sozialen Diensten weit mehr verstanden als in Westeuropa. In den Ländern Mittel- und Osteuropas gibt es sektorenübergreifende Dienste in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Beschäftigung und Soziales. Armut wird begriffen als Mangel an Zugang zu Erwerbstätigkeit, Gesundheitsfürsorge und geeigneter und angemessener Bildung.

Daher zielen soziale Dienste in erster Linie darauf ab, den Zugang zum Arbeitsmarkt und die Fähigkeit, von ihm zu profitieren, wiederherzustellen. Pflege und die Rationierung sozialer Güter werden als weniger effizient angesehen. Auch findet die Rolle der sozialen Dienste ihren Ausdruck in alter römischer Tradition – dare, facere, omitere et pati – was viel umfassender ist als bloßes „Sorgen für die offenkundigen Bedürfnisse“. Im Prinzip bewegen sich alle Länder Europas in die gleiche Richtung, freilich nicht mit den gleichen Auffassungen und Bedürfnissen. Diese Unterschiede dürften für die gesamteuropäische Diskussion eine besondere Herausforderung sein.

Prof. Dr. Igor Tomes;
Karls-Universität Prag,
Tschechische Republik

K o l u m n e

Schlüsselfragen zu den sozialen Diensten in Europa

Einleitung

Dieser Artikel ist die Zusammenfassung eines Vortrags, der für eine am 25. und 26. Oktober in Berlin stattfindende Konferenz über „Die Rolle der sozialen Dienste für eine nachhaltige Sozialentwicklung“ vorbereitet wurde. Die Konferenz wird vom Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend in Zusammenarbeit mit dem Europarat organisiert. Sie setzt frühere Aktivitäten auf diesem Gebiet fort, insbesondere die Arbeit der Konferenz zur Sozialentwicklung in Europa, die im Jahre 2000 in Dublin stattfand, und die Agenda zur Sozialentwicklung, wie sie im Jahre 2000 aus der Sondersitzung der UNO-Vollversammlung hervorging.

Überlegungen und Fragen zu den Hintergründen

Die folgenden Punkte müssen bei der Bestimmung der Schlüsselfragen in den sozialen Diensten in Europa beachtet werden.

1) Erläuterungen der Begrifflichkeiten

Das Konferenzpapier diskutiert nur die Bedeutungen der Haupttermini „nachhaltige Sozialentwicklung“ und „soziale Dienste“. Hier wird nur der letzte Begriff definiert, da er verschiedene Interpretationen zulässt.

Soziale Dienste sind Dienste, die von staatlichen wie nichtstaatlichen Organisationen geleistet werden, um die persönlichen und sozialen Bedürfnisse bestimmter NutzerInnengruppen wie Kinder und Familien, Ältere und Körperbehinderte, Lernbehinderte und geistig Behinderte zu erfüllen. Die Dienstleistungen können durch Sozialarbeiter/innen und verwandte Berufsgruppen bei den Betroffenen zu Hause, in Tagesstätten oder in stationären Einrichtungen erbracht werden. Freiwillige leisten zu den meisten sozialen Diensten ebenfalls einen wichtigen Beitrag. Diese Dienste unterscheiden sich von verwandten Diensten z. B. des Gesundheits- und Bildungswesens und von Einkommensbeihilfen in Form von Barleistungen.

2) Hintergrundfaktoren

Im Folgenden werden einige für das Verständnis der mit den sozialen Diensten zusammenhängenden Probleme wichtige Punkte genannt.

1) Globalisierung und soziale Dienste

Die Auswirkungen der wirtschaftlichen, politischen, sozialen und kulturellen Globalisierung auf die sozialen Dienste sind bedeutsam, sie wurden bislang jedoch erst teilweise erkannt.

2) Die Länder Europas befinden sich bei der Entwicklung ihrer sozialen Dienste in unterschiedlichen Phasen

Die früheren kommunistischen Länder kämpfen seit 1989 mit begrenzten Mitteln,



nachhaltige soziale Dienste zu entwickeln. Gründe liegen zum einen in der Begrenzung staatlicher Leistungen in einem ideologischen Widerstand gegen ein zivilgesellschaftliches Engagement aufgrund geschichtlicher Erfahrung. Die Länder Westeuropas sind dabei, von einem in zu starkem Maße auf staatlich bereitgestellte und staatlich finanzierte Dienste beruhenden System zu einem „Mischsystem sozialer Fürsorge“ überzugehen, in denen Familien und Nichtregierungsorganisationen eine größere Rolle spielen.

3) Demographische und soziale Veränderungen

Dazu gehören: der Trend zu alternden Gesellschaften und kleineren Familien; Änderun-



gen in der Einstellung zur Fürsorge und zur Verantwortung für Familien; der Trend, dass mehr Frauen einer Erwerbstätigkeit nachgehen; und Veränderungen in der „traditionellen“ Familie, z. B. höhere Scheidungsraten und eine Zunahme der Zahl der Familien mit nur einem Elternteil. Alle diese Veränderungen haben erhebliche Auswirkungen auf die gegenwärtige und künftige Bereitstellung sozialer Dienste.

4) Bevölkerungsbewegungen

Radikale Veränderungen in Mittel- und Osteuropa haben dazu geführt, dass viele Menschen in andere europäische Länder kommen und so in

vielen Gesellschaften zu einer größeren kulturellen und ethnischen Vielfalt beitragen. Damit sind diese Länder gefordert, für kulturspezifische Angebote sozialer Dienste zu sorgen.

5) Frauen und soziale Dienste

Frauen haben im Hinblick auf soziale Dienste spezifische Interessen: So erwartet man z.B. von ihnen noch immer, dass sie in den Familien die Hauptlast der Betreuung tragen; in Mittel- und Osteuropa sind schwerwiegende Verluste in den Diensten zur Kinderbetreuung eingetreten; und unverhältnismäßig viele der besser bezahlten Stellen in den sozialen Diensten sind durch Männer besetzt. Diese Probleme müssen angepackt werden.

Schlüsselfragen

Die Fragen wurden ausgewählt, weil sie in den 43 Mitgliedstaaten des Europarates weithin anzutreffen sind.

- 1) **Sog. „mixed economy of social services“** Trotz der beträchtlichen Unterschiede in der gesamten Region arbeiten alle Länder daran, sog. „Wirtschaftsmix“ (im Bereich sozialer Dienste, Red.) zu entwickeln – mit Forderungen für eine sich verringende und sich verändernde Rolle des Staates, und mit erhöhten Beiträgen zivilgesellschaftlicher Organisationen. Wie wird dieses Ziel erreicht, was sind die Vor-

und Nachteile für die Nutzer/innen sozialer Dienste, und wird eine größere Vielschichtigkeit der Finanzierungsquellen erreicht?

2) Beteiligung, Wahlmöglichkeiten und Zahlung seitens der Nutzer/innen

In den sozialen Diensten der meisten Länder hat eine echte Beteiligung der Nutzer/innen sozialer Dienste nach und nach eine höhere Priorität erhalten. Wie wird das erreicht und mit welchen Ergebnissen? Eine interessante Neuerung ist die Einführung von Barzahlungen an Nutzer/innen dieser Dienste, die es den Nutzern/innen erlauben, Dienstleistungen ihrer Wahl zu kaufen – dies stellt eine Art kommerziellen Einkaufsmodells dar.

3) Die Modernisierung sozialer Dienste

In Europa gibt es eine Entwicklung, die darauf gerichtet ist, Prinzipien und Praktiken aus dem privatwirtschaftlichen Sektor in die öffentlichen Dienste, einschließlich der sozialen Dienste, einzuführen, wodurch eine neue Management-Kultur entsteht. Die verstärkte Nutzung von Verträgen, von Leistungsindikatoren sowie Maßnahmen der Kosteneffizienz sind Beispiele für diesen Trend. Das ist eine tief greifende Änderung auf dem Gebiet der sozialen Dienste. Manche jedoch bezweifeln ihre Anwendbarkeit auf personenbezogene Dienstleistungen.

4) Die Beteiligung internationaler Organisationen an den sozialen Diensten

Die Weltbank, der Internationale Währungsfonds, die Europäische Union, der Europarat und die Vereinten Nationen sind an Sozialentwicklungsprogrammen in ganz Europa beteiligt – insbesondere in Mittel- und Osteuropa. Ihre Beiträge sind außerordentlich wichtig, doch werden hinsichtlich der Zielsetzungen einflussreicher internationaler Geberorganisationen und hinsichtlich der verlangten Preise für die von ihnen eingesetzten enormen Mittel Zweifel laut.

5) Modelle für soziale Dienste: Gibt es in Europa einander widerstrebende Herangehensweisen?

Das Modell des Wohlfahrtsstaates betont, dass soziale Dienste allen zur Verfügung stehen sollten, die ihrer bedürfen. Es ermutigt zugleich „bürgerschaftliches Engagement“ und wertvolle Beiträge zivilgesellschaftlicher Organisationen. Staatliche Ausgaben für diese Dienste werden eher als positive Investition für die Gesellschaft betrachtet, denn als negativer Einfluss auf die Volkswirtschaften. Es besteht aber die Gefahr, dass dieses Modell durch ein restriktiveres ersetzt wird. Dabei würde der Staat seine Rolle, soziale Dienste direkt zur Verfügung zu stellen und sie zu finanzieren, neu definieren, indem er seine beschränkteren Mittel gezielt für diejenigen einsetzt, die der Hilfe am dringendsten bedürfen. Lassen sich beide Verfahrensweisen innerhalb eines modernen Modells sozialer Dienste in Einklang miteinander bringen, das weiterhin den Bedürfnissen aller Bürger/innen dient?

6) Verantwortung zentraler und kommunaler Verwaltungen für soziale Dienste

Soziale Dienste werden auf kommunaler Ebene von örtlichen Verwaltungen bereitgestellt, es gibt aber zwischen den einzelnen Ländern erhebliche Unterschiede in der Frage, ob die zentrale, die regionale oder die kommunale Verwaltung steuert, welche Dienstleistungen für wen bereitgestellt werden. In einigen Ländern sind die zentralen Regierungen für Gesetzgebung und Politik zuständig, während in anderen Ländern die sozialen Dienste unter strenger lokaldemokratischer Kontrolle stehen. Worin bestehen nun die Vor- und Nachteile beider Verfahrensweisen?

Diese und andere Fragen bezüglich sozialer Dienste in Europa werden auf der Berliner Konferenz diskutiert werden – mit dem Ziel, durch den Erfahrungsaustausch voneinander zu lernen.

Prof. Brian Munday
Europäisches Institut für soziale Dienste
Universität Kent
Großbritannien



Dr. Christine Bergmann, Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend
Foto: Tilo Liewald

Hauptbericht

Fachtagung „Soziale Ausgrenzung und neue soziale Risiken in einer sich wandelnden Gesellschaft – Die Zukunft der sozialen Dienste in Europa“

Am 31. 5. 2001 fand in Berlin, Bank für Sozialwirtschaft, die Fachtagung „Soziale Ausgrenzung und neue soziale Risiken in einer sich wandelnden Gesellschaft – Die Zukunft der sozialen Dienste in Europa“ statt. Die Veranstaltung wurde im Rahmen des Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa unter der Federführung des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und des Deutschen Vereins für öffentliche und private Fürsorge durchgeführt. Sowohl Referenten/innen als auch der Teilnehmer/innenkreis setzte sich aus deutschen und europäischen Vertreter/innen der Wohlfahrtsverbände, der kommunalen Spitzenverbände, aus Politik, Forschung, unabhängigen wissenschaftlichen Instituten und anderen Sozialverbänden zusammen. Die Dokumentation der Tagung können Sie in Kürze über das Observatorium erhalten. Lesen Sie im Folgenden eine Auswertung durch Pfarrer Jürgen Gohde, Präsident des Diakonischen Werkes der Evangelischen Kirche in Deutschland und Vorsitzender der Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege (BAGFW).

Verena Hausen

„Zukunft der sozialen Dienstleistungen – Herausforderungen, Risiken und Chancen“

Zum 31. 5. 2001 hatten das Bundesfamilienministerium, das Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik und der Deutsche Verein für öffentliche und private Fürsorge zu einer Fachtagung über Chancen und Risiken, über die Zukunft der sozialen Dienstleistungen nach Berlin eingeladen. Die Fragestellung brennt den Verantwortlichen in den Verbänden der Freien Wohlfahrtspflege nicht nur in Deutschland auf den Nägeln. Wer für Europa eine Zukunft in Solidarität und Gerechtigkeit will, wer an einem europäischen Sozialmodell interessiert ist, das den Bereich der sozialen Dienstleistungen und der Zivilgesellschaft nicht marktmäßig strukturiert, braucht solche Tagungen. Sie sind nötig. Zur Erarbeitung konsensfähiger Positionen, zum Aufbau von Bündnissen gegen Armut und Ausgrenzung, für die Kooperationsfähigkeit von öffentlichen und privaten Trägern und nicht zuletzt zur Vermeidung einer Fixierung auf die eigenen – deutschen – Probleme.

Wider die Ohnmacht – die Rückkehr der Politik

Hat die Politik überhaupt eine Chance im Zeitalter eines zunehmenden, auch den sozialen Bereich erfassenden Wettbewerbs oder bestimmen die Mechanismen des Marktes, was zu tun und was zu lassen ist? Wer die Frage stellt, könnte sie abwehrend stellen und versuchen, so etwas wie eine chinesische

Mauer um die Systeme des Sozialschutzes zu errichten und zu versuchen zu überleben. Ausichtsreich wäre eine solche Strategie nicht. Man könnte aber auch – wie es die Tagung getan hat – die Frage in einem aktiven Sinn stellen, das gestaltende Potenzial einbringen, das die Kräfte der Zivilgesellschaft und die Verbände der freien Wohlfahrtspflege einbringen. Auch und gerade dann bleiben viele offene Fragen, z. B. nach einem offenen, gleichen Zugang von Bürgerinnen und Bürgern zu den sozialen Dienstleistungen, z. B., ob von einem dritten, vierten oder viel einfacher einem sozialen Sektor geredet werden sollte.

Einigkeit bestand darin, dass ein Modell sozialer Dienstleistungen, das Menschen marginalisiert, nicht erstrebenswert und nach dem Gipfel von Nizza auch nicht möglich ist. Das künftige Europa darf nicht nur ökonomisch, sondern muss auch sozial definiert werden. Nicht allein soziale Lebenslagen und Strategien zur Vermeidung von Ausgrenzung können öffentliches Interesse beanspruchen, die Frage des Zugangs ist entscheidend und der besondere Charakter der Dienstleistungen, die von den Verbänden der freien Wohlfahrtspflege erbracht werden, liegt im öffentlichen Interesse. Dieser lässt sich in einem Prozess der Selbstaufgabe und Anpassung verspielen – wie an den Landesbanken zu sehen ist – oder in einem öffent-

lichen politischen Diskurs neu gewinnen und in praktischen Modellen umsetzen. Hans Georg Weigel hat den letzten Punkt in der Schlussrunde zu Recht herausgestellt.

E-Business, E-Beratung – neue Chancen für mündige Nutzer von Dienstleistungen?

Die Trends sind eindeutig: mehr Wettbewerb, mehr Markt werden die Position des Bewohners von Alteinrichtungen, der Patientinnen in Krankenhäusern und der Ratsuchenden verstärken. Damit verändern sich Paradigmen der sozialen Arbeit unumkehrbar. Es ist nicht allein eine Frage der „richtigen“ oder „falschen“ Position, sondern der wirtschaftlichen und politischen Vernunft, wenn die Verbände sich der selbstkritischen Frage nach ihrer Modernisierung stellen. Mündige Verbraucher steuern Dienstleistungsangebote und verändern ihre Struktur. Wer allerdings nur seine eigene Haut zu Markte tragen kann, ist ohne Chance. Hier wurden viele offene Fragen sichtbar. Vieles blieb blass, vielleicht deshalb, weil die Diskussion ohne die Praktiker der Basis geführt wurde. Es würde sich lohnen, die Situation der Verlierer dieses Modernisierungsprozesses – Frauen, Alte, Behinderte – im europäischen Kontext genau zu analysieren. Ein weiteres Ziel besteht darin, Ausgrenzung zu vermeiden, die sich aus der Struktur



Podium von links nach rechts: Prälat Hellmut Puschmann/Präsident des Deutschen Caritas-Verbandes, Prof. Dr. Bernd Marin/Europäisches Zentrum für Wohlfahrtspolitik und Sozialforschung/Wien, Podiumsleiter Walter Schmid/Präsident der schweizerischen Konferenz für Sozialhilfe, Peter Haupt/Staatssekretär im BM Familie, Senioren, Frauen und Jugend, H.-Georg Weigel/Leiter des Instituts für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Roland Schäfer/Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes
Foto: Tilo Liewald, Paritätische Akademie Berlin



personenbezogener Dienstleistungen ergibt: wie sieht z. B. die IT-Nutzung in der Beratung von Wohnungslosen oder von Sozialhilfeempfängern/innen aus, wie wirkt sich die Datentransparenz in der Kooperation von Einrichtungen und Diensten aus, wenn es um Entgelte geht, und nicht zuletzt: Wie hilft die verstärkte Partizipationsmöglichkeit von Nutzern den Trägern, ihre Arbeit ihrem Auftrag entsprechend zu gestalten. Dass damit eine zentrale Frage nach den Modernisierungspotenzialen und -ressourcen gestellt ist, liegt auf der Hand. Ein Modethema ist das nicht, schon gar nicht ein Thema für EDV-Fachleute, hier sind Datenschützer genauso gefragt wie Konzeptionsverantwortliche. Wer Ausgrenzung wie gläserne Patienten vermeiden will, muss die Diskussion als Steuerungsdiskussion angehen. Mehr als ein erster Impuls konnte in dieser Hinsicht nicht von der Tagung ausgehen, Herausforderungen für die Nacharbeit sind aber deutlich.

Wertgebundene Arbeit – ethische Steuerungsmechanismen?

Mehr Wettbewerb heißt mehr Profil. Es ist eine Binsenweisheit. Zugleich eine zentrale Herausforderung an den Charakter der sozialen Dienstleistungen, die von Verbänden der freien Wohlfahrtspflege erbracht werden. Nicht ohne Grund haben Thomas Olk und andere Wissenschaftler/-innen auf die abnehmende Milieubindung der Verbände und die verstärkte Homogenisierung ihrer

Angebote verwiesen. Standardisierungen mögen unter Kostenaspekten ihren Charme haben, dem Leben dienen sie nur sehr bedingt. In Zeiten des Wettbewerbs und knapperer Mittel stellt sich nicht nur die in Zeiten der Selbstkostendeckung völlig uninteressante Frage nach optimalen Betriebsgrößen und Kooperationen von Einrichtungen, sondern auch die Frage nach dem Versagen des Marktes. Sie ist nur auf den ersten Blick eine betriebswirtschaftliche Herausforderung. Es gibt in vielen Sektoren europäischer sozialer Dienstleistungen eine implizite Rationierung. Rationalisierungspotenziale werden bis zum Beweis des Gegenteils in vielen Feldern behauptet. Dass die Frage nach ethischen Steuerungsmechanismen auf der Tagung gestellt und diskutiert wurde, sehe ich als eindeutigen Gewinn. Es mag noch ungewohnt sein, nach der ethischen Relevanz von finanziellen Entscheidungen zu fragen, aber die Frage nach dem Notwendigen und dem Zulässigen beschäftigt nicht nur die Experten/-innen der biomedizinischen Debatten. Die anstehenden Probleme lassen sich nicht in privaten Diskursen mit beliebigen Ergebnissen lösen. Es ist keine Zeit, in der Sozialpolitiker/-innen in Urlaub gehen dürfen.

*Pfarrer Jürgen Gohde
Präsident des Diakonischen Werkes der
Evangelischen Kirche in Deutschland
und Vorsitzender der
Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien
Wohlfahrtspflege (BAGFW).*

Soziale Dienste in Europa

Die sozialen Dienste in Polen sind heute zumeist Teil der sozialen Fürsorge, die auf dem Sozialfürsorgegesetz aus dem Jahre 1991 beruht. Nach diesem Gesetz ist das Fürsorgesystem eine Einrichtung staatlicher Sozialpolitik, die darauf gerichtet ist, es Individuen und Familien zu ermöglichen, Existenzprobleme zu überwinden, die sie aus eigenen Mitteln, Möglichkeiten und Rechtsansprüchen nicht überwinden könne. Das gesetzliche Ziel dieses Systems besteht darin, die grundlegenden Lebensbedürfnisse von Individuen und Familien zu befriedigen und ihnen ein menschenwürdiges Leben zu ermöglichen. Das System wird durch die staatliche Verwaltung und durch Selbstverwaltung organisiert und aus dem öffentlichen Haushalt finanziert. Das Gesetz sieht die Zusammenarbeit mit Nichtregierungsorganisationen, religiösen Vereinigungen und mit Einzelpersonen vor. Die grundlegenden Einrichtungen dieses Systems, die Sozialzentren, arbeiten in kommunaler Selbstverwaltung. Das Gesetz legt fest, dass die Gewährung von Sozialfürsorge die Selbstversorgung von Einzelpersonen und von Familien sowie ihre soziale Integration sicherstellen soll. Individuen und Familien, die die vom Fürsorgesystem gebotenen Möglichkeiten nutzen, sind verpflichtet, an der Lösung ihrer Existenzprobleme mitzuwirken.

Sozialhilfe ist insbesondere Einzelpersonen sowie Familien zu gewähren, die betroffen sind von Elternlosigkeit, Obdachlosigkeit, Bedarf hinsichtlich der Mutterschaft oder großer Kinderzahl, Langzeitarbeitslosigkeit, Invalidität und chronischer Krankheit. Zudem gewährt die Sozialhilfe Geld- und Sachleistungen im Falle von Unterstützungsbedarf für kinderreiche Familien und bei Hilfsbedürftigkeit im Zusammenhang mit Kindererziehung und Haushaltsführung – insbesondere in Familien mit nur einem Elternteil und in kinderreichen Familien, Alkohol- oder Drogenabhängigkeit, Reintegration nach einer Haftstrafe, Natur- oder ökologischen Katastrophen. Die Sozial-

fürsorge umfasst die finanzielle Unterstützung und die Bereitstellung von sozialen Diensten für Menschen mit niedrigem Einkommen, die von mindestens einem der oben aufgeführten Umstände betroffen sind.

Soziale Dienste – wie sie vom Sozialhilfegesetz festgelegt sind – können nach R. Bauers Definition sowohl als personenbezogene Dienstleistungen im Sinne einer zeitgleichen und ortsgebundenen Interaktionsbeziehung zweier bedarfsunterschiedlicher Personen und/oder Personengruppen als auch als soziale Dienstleistungen im Sinne beruflicher Handlungen von Sozialarbeiter/-innen und Sozialpädagogen/-innen bezeichnet werden („Newsletter Observatorium“ 1/2000, S. 6).

Diese Dienstleistungen umfassen ein breites Spektrum von Maßnahmen an verschiedenen Orten, z. B. in stationären Einrichtungen, in kommunalen Einrichtungen und in Wohnungen von Nutzern/-innen. Es gibt zwei Arten von sozialen Diensten – Sozialarbeit und Betreuungsdienste. Unter Sozialarbeit versteht man dem Gesetz nach eine professionelle Tätigkeit, die darauf gerichtet ist, Einzelpersonen wie Familien dabei zu unterstützen, ihre gesellschaftliche Funktionsfähigkeit zu stärken oder wiederzuerlangen und die sozialen Bedingungen zu schaffen, die diesem Ziel dienlich sind. Zu den Betreuungsdiensten gehören verschiedene Formen der Unterstützung für Menschen, die wegen Invalidität oder Alter nicht in der Lage sind, selbst für sich zu sorgen, z. B. in der Hausarbeit oder in der Pflege. Die gesetzliche Verantwortung für die Bereitstellung dieser Dienste in den Kommunen liegt bei den Sozialzentren, die Fachkräfte sozialer Arbeit beschäftigen. Über Pflegeleistungen schließen die Zentren jedoch Verträge mit nichtstaatlichen Organisationen oder privaten Einrichtungen ab. Zusätzlich zu dieser Grundversorgung haben sich in den letzten Jahren spezialisierte Dienstleistungen entwickelt, wie z. B. Krisenintervention, geschütztes Wohnen, Tagesbetreuungszentren für geistig Behinderte oder Werkstätten für Beschäftigungstherapie.

Im Rahmen des öffentlichen Gesundheitswesens sowie als unabhängige Unternehmen stehen verschiedene Einzel- und Gruppentherapiemodelle zur Verfügung. Sozialfürsorgeeinrichtungen arbeiten mit beiden zusammen.

Seit 1999 sind auch die Dienste zum Schutz von Kindern, die früher den Behörden des Erziehungswesens unterstanden, ins Sozialfürsorgesystem integriert worden. Jetzt ist die Fürsorge zuständig für ein breites Spektrum von Dienstleistungen für vernachlässigte und/oder missbrauchte Kinder und für deren Familien. Solche Fürsorgeleistungen gibt es in Form von stationären Einrichtungen und Tagesstätten, Pflegefamilien und Adoptionsdiensten, Familienberatung und -therapie. Die Fürsorge ist zuständig für den Aufbau eines Netzes von Pflegefamilien, d. h. für die Gewinnung und Ausbildung freiwilliger Pflegeeltern mit dem Ziel, die Heimunterbringung von Kindern und Jugendlichen zu reduzieren. Die in Rede stehenden Dienste stützen sich auf zwei finanzielle Hilfsprogramme. Das eine unterstützt Pflegefamilien, das andere junge Menschen, die aus Heimen kommen und denen beim Übergang zu einem selbstständigen Leben geholfen werden soll.

Das Sozialfürsorgegesetz folgt der Leitidee, Heimunterbringung nach Möglichkeit zu vermeiden. Dieses Konzept wird insbesondere im Hinblick auf die Fürsorge zum Schutz von Kindern betont. Sie soll sich in erster Linie um die Wiederherstellung der natürlichen Familie oder um die Vermittlung von Pflegeeltern bemühen. Als letzten Ausweg sieht das Gesetz die Kinder- und Jugendfürsorge im Wege der Heimunterbringung vor. Zu bemerken ist, dass alle hier beschriebenen Dienste sich noch in frühen Entwicklungsstadien befinden. Die Gründe dafür liegen darin, dass die öffentlichen Mittel, die für diesen Prozess zur Verfügung gestellt werden können, knapp sind. Darüber hinaus sind private Mittel, die die öffentlichen Gelder eigentlich ergänzen sollen, beschränkt. In Polen sind die Sozialarbeiter/-innen auch für die Verteilung der finanziellen Unterstützung an die Bedürftigen direkt verantwortlich. Deshalb ist man in Fachkreisen weithin der Auffassung, dass der damit verbundene Aufwand an Büroarbeit und die für gewöhnlich große Anzahl der von den Sozialarbeitern/-innen zu bearbeitenden Fälle vielfach die Qualität der sozialen Dienstleistungen negativ beeinflussen kann.

Prof. Jerzy Szmagalski, 
Universität Warschau



Termine

Oktober

25.-26./Berlin:

Fachkonferenz des Observatoriums über „Die Rolle der Sozialen Dienste für eine nachhaltige Sozialentwicklung“

Informationen:
Beatrix Holzer,
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Am Stockborn 5-7,
D-60439 Frankfurt a. M.
Tel.: 0 69/9 57 89-1 73
E-Mail: beatrix.holzer@iss-ffm.de

November

6./Frankfurt:

Fachtagung „Das Konzept der Zivilgesellschaft – ein Reformweg für den Sozialstaat? Deutsche und europäische Perspektiven“

Informationen:
Karin Knaf,
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Am Stockborn 5-7,
D-60439 Frankfurt a. M.
Tel.: +49-69-9 57 89-1 13
E-Mail: karin.knaf@iss-ffm.de

8.-9./Brüssel, Belgien:

Konferenz zum Thema „Governance und organisierte Zivilgesellschaft“, Europäischer Wirtschafts- und Sozialausschuss;
Kontakt:
Herr Patrick Fève,
Sekretariat WSA
Tel.: +32 2 5 46 96 16
E-Mail: patrick.feve@esc.eu.int

13.-14./Gent, Belgien:

Europäische Konferenz zu „Perspektiven der Sozialwirtschaft im Rahmen einer nachhaltigen Entwicklung“

Kontakt:
Elke Roex bzw. Anne Zimmermann, Abteilung Sozialwirtschaft – Ministerium für Soziale Angelegenheiten, Öffentliche Gesundheit und Umwelt
Tel.: +32-2-5 08 86 79 bzw. +32-2-5 09 83 54
E-Mail: elke.roex@minsoc.fed.be bzw. anne.zimmermann@minsoc.fed.be oder Peter Bosmans, Koordinator für Öffentlichkeitsarbeit des Zentrums für Sozialwirtschaft,
Tel.: +32-2-5 00 53 08
E-Mail: p.bosmans@febecoop.be

13.-14./Nürnberg:

Fachmesse und Kongress für den Sozialmarkt – ConSozial 2001
Informationen:
Besucherbüro
ConSozial2001
Tel.: 0 91 28/50 26 01
Fax: 0 91 28/50 26 02
Internet: www.consozial.de

19.-20./Brüssel, Belgien:

3. Europäisches Forum für Dienste von allgemeinem Interesse; veranstaltet von CELSIG, Paris

23./Edinburgh, Vereinigtes Königreich:

Konferenz zu „Local, National and Transnational Partnerships in Social Inclusion“
Informationen:
Conference Secretariat, Meeting Makers Ltd, Jordanhill Campus, 76 Southbrae Drive, Glasgow, UK, G13 1 PP
Tel: +44-14 14 34 15 00
Fax: +44-14 14 34 15 19

23.-24./Brüssel, Belgien:

Konferenz des Europäischen Netzwerks gegen Armut zum Thema „Nationale Aktionspläne gegen Armut und soziale Ausgrenzung“
Kontakt und Anmeldung:
Rue du Congrès, 37-41 (Bte 2), B-1000 Brüssel
Fax: +32-2-2 30 97 33
E-Mail: clara.fonseca@eapn.skynet.be

Dezember

7.-8./Brüssel, Belgien:

„AGE – Bestandsaufnahme, Entwicklung einer Konzeption und Positionierung“
Gründungsveranstaltung für „AGE“, eine europäische Plattform für ältere Personen
Kontakt:
AGE, Rue Froissart 111, B-1040 Brüssel
Fax: +32-2-2 80 15 22
E-Mail: Marianne.Dwarshuis@skynet.be

2002

Juni

24.-28./Rotterdam, Niederlande:

30th International Conference on Social Welfare (ICSW) zum Thema „Sozialentwicklung im 3. Jahrtausend“
Informationen:
Netherlands Institute for Care and Welfare – Conference Office
E-Mail: icsw2002@nizw.nl
Tel.: +31-30 2 30 65 10
homepage: www.nizw.nl/icsw2002

Juli

7.-10./Kapstadt, Südafrika:

Konferenz zum Thema „Transforming Civil Society, Citizenship and Governance: The Third Sector in an Era of Global (Dis)order“, veranstaltet von International Society of Third Sector Research, Informationen unter www.jhu.edu/~istr

Neues aus dem Observatorium

Die Zukunft der Sozialen Dienste

Seminar in Brüssel

Im Rahmen eines eintägigen Seminars in Brüssel beschäftigten sich Anfang Oktober Experten/-innen mit den zukünftigen Entwicklungen der Sozialen Dienste in Europa. Gemeinsame Veranstalter waren dabei die „Group of Policy Advisers“ der Europäischen Kommission, das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und das Observatorium. Den Hintergrund dieses Seminars bilden die Diskussionen um die Daseinsvorsorge, aber auch der bevorstehende Gipfel in Laeken/Belgien. In diesem Seminar wurde insbesondere die Forderung aufgegriffen, allen Menschen in Europa Zugang zu qualitativ hochwertigen sozialen Diensten zu sichern. Hinsichtlich dieser Zielerreichung stehen die Mitgliedstaaten der Europäischen Union vor ähnlichen Problemen, doch variieren die einzelnen Lösungskonzepte je nach ihren jeweiligen Bedarfen und Traditionen. Insgesamt ging es in diesem eintägigen Seminar nicht nur um Fragen der Wettbewerbspolitik und der Ökonomisierung, sondern im Mittelpunkt der Diskussionen standen die Herausforderungen und Veränderungen, die sich für die sozialen Dienste im Gesamtkontext ergeben. Konkrete Einzelaspekte waren dabei die Veränderungen in der Angebotsstruktur Sozialer Dienste (sog. ‚Welfare Mix‘), die Anforderungen an die Art und die Form Sozialer Dienste in Hinblick auf die Dienstleistung selbst und hier insbesondere um die Frage der Qualität und der Qualitätsmessung, die Einbeziehung der Zivilgesellschaft und nicht zuletzt um Demokratieaspekte in dem Sinne, dass soziale Dienste universell für alle Bürger angeboten werden sollen. Die zentralen Ergebnisse werden in der nächsten Ausgabe des Newsletters vorgestellt.

Teil B Schriftenreihe des Observatoriums

Ein Schwerpunkt in der Arbeit des Observatoriums liegt in der wissenschaftlichen Aufbereitung

der Entwicklungsverläufe sozialer Dienste in Europa. Dazu ver gibt die Beobachtungsstelle am ISS unter anderem Gutachten an externe Institutionen und Einzelwissenschaftler/-innen, die bestimmte Fragestellungen erarbeiten. Wie in der ersten Ausgabe des Newsletters (November 2000) erwähnt, wurden bereits Expertisen zu den Themen Gegenstandsdefinition, Organisationsformen sozialer Dienste, Qualitätsdiskussion, Soziale Dienste und spezifische Zielgruppen sowie Klientenrechte und Nutzerstrukturen sozialer Dienste erstellt. Das Observatorium wird nun diese und noch folgende wissenschaftliche Ausarbeitungen in verkürzten Fassungen als Arbeitspapiere/Working Paper regelmäßig veröffentlichen. Die ersten Ausgaben werden bis Ende dieses Jahres vorliegen. Weitere Informationen entnehmen Sie bitte dem beigelegten Bestellformular.

Observatorium goes Internet

Unter der Adresse www.soziale-dienste-in-europa.de bzw. www.social-services-in-europe.de können Sie uns jetzt auch im Internet auf der eigens eingerichteten Observatoriums-Homepage finden. Dabei können Sie alle wichtigen sowie die neuesten Informationen über das Observatorium insgesamt, wie auch über einzelne Projekte, Veranstaltungshinweise und weitere wichtige Informationen abrufen. Darüber hinaus besteht die Möglichkeit, zahlreiche Veröffentlichungen des Observatoriums direkt herunterzuladen. Werfen Sie einen Blick auf die Homepage des Observatoriums!

Beatrix Holzer

Aktuelles

Veröffentlichungen:

In dieser Ausgabe des Newsletters finden Sie ein Bestellformular über sämtliche bisher erschienenen Veröffentlichungen des Observatoriums.

Mitteilungen

Personeller Wechsel in der Beobachtungsstelle

In der Beobachtungsstelle beim Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V. ist eine der beiden Wissenschaftlichen-Mitarbeiter/-innen-Stellen seit Mitte September neu besetzt. Mathias Maucher ist nun neben Beatrix Holzer für die wissenschaftliche Umsetzung der Projektziele des Observatoriums zuständig.



Mathias Maucher ist Diplom-Verwaltungswissenschaftler mit Studium an den Universitäten Konstanz und Lüttich/Belgien. Seine wissenschaftlichen Schwerpunkte liegen in den Bereichen Sozialpolitik, Verwaltungsmanagement, Dritter Sektor und Sozialrecht. Die Diplomarbeit lag auf dem Gebiet der Familiensoziologie. Vor seiner Tätigkeit im ISS war er wissenschaftlicher Angestellter am Mannheimer Zentrum für Europäische Sozialforschung (MZES) im Bereich „Vergleichende Wohlfahrtsstaats- und Familienpolitikforschung“ und beschäftigte sich konkret in den Projekten „Family Policy Database“ und, in Kooperation mit der Internationalen Arbeitsorganisation in Genf, „The Cost of Social Security“. Darüber hinaus war er Freier Mitarbeiter bei der kommunalen Alten- und Pflegehilfplanung in Mannheim.

Kontaktadresse:
Mathias Maucher
(wissenschaftlicher Mitarbeiter)

Tel.: 069/9 57 89-1 75
E-Mail:
mathias.maucher@iss-ffm.de



Observatorium für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa

Impressum

Herausgeber und Redaktion
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
Hans-Georg Weigel (Direktor)
Am Stockborn 5-7
D-60439 Frankfurt a. M.

v. i. S. d. P.: Beatrix Holzer
E-Mail: beatrix.holzer@iss-ffm.de

Diese Publikation ist eine Veröffentlichung des „Observatoriums für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa“.

Träger des Observatoriums sind:
Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
Am Stockborn 5-7
D-60439 Frankfurt a. M.
Tel.: 0 69/9 57 89-0
Fax: 0 69/9 57 89-1 90
E-Mail: Info@iss-ffm.de
Internet: www.iss-ffm.de

Deutscher Verein für öffentliche und private Fürsorge
Geschäftsführung der Koordinierungsgruppe des Observatoriums
Am Stockborn 1-3
D-60439 Frankfurt a. M.
Tel.: 0 69/9 58 07-1 33
Fax: 0 69/9 58 07-1 61

Das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend, 11018 Berlin, fördert das Observatorium als Projekt.

Gestaltung: UVA Kommunikation und Medien GmbH

Druck: Druckerei Arnold

Auflage:
Deutsch: 1.500
Englisch: 500

ISSN 1616-7589

Erscheinungsdatum:
Oktober 2001

Der Newsletter des Observatoriums erscheint dreimal pro Jahr.

Diese Publikation kann bezogen werden bei:

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik e. V.
Beobachtungsstelle für die Entwicklung der sozialen Dienste in Europa
Am Stockborn 5-7
D-60439 Frankfurt a. M.

Diese Veröffentlichung wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Bundesregierung verwendet. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Die Publikation gibt nicht ohne weiteres die Auffassung der Bundesregierung wieder. Die Verantwortung für den Inhalt obliegt dem Herausgeber bzw. der/dem jeweiligen Autor/-in.